

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Frangobon 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Verlagskonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

**Insertenpreise:** Die 10geleit. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10geleit. Kolonellzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorschrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die Wirtschaftskrise Italiens

Ihre Grundlagen

Von G. E. Modigliani, italienischem Abgeordneten.

Während der ersten vier Jahre seines Bestehens (Oktober 1922 bis September 1926) hat der Faschismus keine eigene Wirtschaftspolitik verfolgt. Er begnügte sich damit, die Steuern auf den Reichtum zu ermäßigen und die Steuern auf den Konsum zu erhöhen, die Regelung der internationalen Schulden so zu gestalten, daß ganze kommende Generationen einen möglichst großen Teil der Schuld an die Vereinigten Staaten zu tragen haben werden und der Spekulation freien Lauf zu lassen. Erst im September 1926 entschloß sich Mussolini gegen den Rat des Finanzministers Volpi, des Vertrauensmanns der Großbanken, die Wirtschaftspolitik auf eine vollständig neue Basis zu stellen, „um die Lira zu retten“.

Seit Beginn des Jahres 1926 konnte Italien lediglich seine wachsende Unfähigkeit, auf den Weltmärkten zu konkurrieren, feststellen. Der Protektionismus, den man in Italien begünstigte, kehrte sich gegen den Export. Deutschland, das sich von seiner Krise zu erholen begann, und Frankreich, das von der Baile des Frankenturms zu profitieren wußte, gewannen in diesem Zeitpunkt manche Positionen auf fremden Märkten, die Italien bis dahin halten konnte. Eben um aus dieser Sadgasse herauszukommen, kam der Entschluß von oben, und zwar ohne jede Diskussion und Kontrolle, daß das Heil Italiens in einer plötzlichen und heftigen Preislenkung liege. Preislenkung der Waren infolge der Steigerung der Lira und Senkung der Gehälter in der Voraussicht auf die Senkung der Lebenshaltungskosten. Diese plumpe Rawität (schlechtberater (oder verschlagener!) Theoretiker war daran, dem italienischen Export den Gnadenstoß zu versetzen.

Im Innern des Landes bedeutete dies den Bankrott. Die heftige und überstürzte Wiederaufwertung der Lira konnte nur durch eine heftige und überstürzte Reduktion der Zirkulation und des Kredites erfolgen: Daher der Bankrott von Unternehmungen zu Tausenden, daher die Arbeitslosigkeit, daher der allgemeine Kurssturz der beweglichen und unbeweglichen Werte.

Zum Beweise dieser Umstände ist schon oft genug Zahlenmaterial veröffentlicht worden. Es ist nicht nötig, wieder darauf zurückzukommen. Es ist besser — und das ist das Ziel dieses Artikels — die vom Faschismus ins Auge gefaßten Maßnahmen, um aus dieser tragischen Sadgasse herauszukommen, und das Resultat dieser Bemühungen näher zu betrachten.

Im Laufe des Sommers 1927 begann der Faschismus darauf zu verzichten, die Aufwertungspositiv der Lira bis zu Ende durchzuführen und eine Stabilisierung zum Kurse von 3,55 Lire gegen eine Lira in Gold erfolgte, was sogar einen kleinen Rückgang gegen den Wechselkurs jenes Zeitpunktes bedeutete. Es ist ferner nur zu gut bekannt, daß der Größenwahn des Duce und die Unmöglichkeit einer freien Meinungsäußerung es verhindert haben, entweder mutig zu einer weniger künstlichen Währungspositiv zurückzukehren, oder die Lasten, die der Faschismus der italienischen Wirtschaft für seine Mißzucht und seinen Terror, für seine Rüstung und seinen Imperialismus auferlegt, zu lindern. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn, sogar nach erfolgter Stabilisierung der Lira, die Wirtschaftskrise mit Tausenden von Bankrotten und Hunderttausenden von Arbeitslosen ohne merkliche Besserung bis in die erste Hälfte des laufenden Jahres andauert hat.

In der allerletzten Zeit haben aber die faschistische Presse und die offiziellen Statistiken glauben zu machen versucht, daß nun das Schlimmste überstanden sei und daß alles in Italien wieder besser gehen würde. Ich habe an Hand der Bilanzen der italienischen Aktiengesellschaften für das Jahr 1927 festgestellt, daß sich gewisse Unternehmungen aus den Verheerungen der Krise vom Zusammenbruch zu retten verstanden. Wie bereits einmal, kann ich zugeben, daß die Depots der Banken und Sparkassen weiter steigen. Und ich kann sogar vermerken, daß sich in gewissen italienischen Produktionszweigen (Spinnerei, Weberei und Sutfabrikation) mengenmäßig (aber nicht in bezug auf den Wert) im Export Anzeichen einer Wiederbelebung bemerkbar machen. Aber es sind dies nur vereinzelte und sozusagen oberflächliche Erscheinungen. Die Diagnose kann nur gestellt werden, indem man sie richtig auslegt und vor allem indem man sie vervollständigt.

Die Zunahme der Depots und der Ersparnisse ist bei den Sparkassen (2700 Millionen vom Juli 1927 bis zum Juli 1928) bedeutend größer als bei den Banken (460 Millionen für den gleichen Zeitraum), was beweist, daß es sich eigentlich um Kapitalien handelt, die aus dem Schiffbruch gerettet wurden und die man nicht wieder in der Produktion riskieren will. Die Menge der exportierten Stoffe nimmt zu, aber die bei der Ausfuhr angegebenen Werte gehen zurück. Man kann sich daher fragen, ob hier nicht der Anfang einer Flucht der italienischen Kapitalien ins Ausland vorliegt. Und wenn es

## Die Radikalen gegen Poincaré

Angriffe Daladiers

SPD Paris, 3. November.

Am Sonnabend wurde der Parteitag der Radikalsocialistischen Partei mit einer feierlichen Ansprache des Präsidenten Daladier eröffnet. Er führte aus, daß der Erfolg, den die Partei bei den letzten Generalratswahlen davongetragen habe, zu den schönsten Hoffnungen berechtige. Wenn alle 152 Mitglieder der Fraktion stets gleichlautende Stimmen abgaben, so könne sie im Parlament über einen Einfluß verfügen wie keine zweite Partei.

III Paris, 3. November.

Auf dem radikalsocialistischen Parteitag in Angers führte der Parteivorstand und Abgeordnete Daladier u. a. aus, der Kongress müsse vor allem ein Programm ausarbeiten, in dessen Vordergrund die Organisation des Friedens, die endgültige Liquidierung des Weltkrieges durch ein allgemeines Abkommen, das allein die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland möglich mache, Steuererleichterung, progressive Verminderung der Militär- und Flottenausgaben usw. stehen müßten. Zu der Frage der Beziehungen der Radikalsocialistischen Partei zur nationalen Union lehnte der Redner die Aufforderung der Rechtsparteien, die radikale Partei solle den linken Flügel einer großen Koalition von den Radikalsocialisten bis einschließlich der Rechten bilden, ab. Gegenstand dieser Koalition würde der Kampf gegen den Sozialismus sein. „Wir denken keineswegs daran“, fuhr Daladier fort, „die Grenze, die uns von der Sozialdemokratie trennt, niederzureißen, aber auf dem Boden der demokratischen Aktion und in der täglichen Schlacht für die Sozialreform bleibe ich dem Linken treu, das allein das Werk der Befreiung ermöglicht.“ Daladier machte den Sozialisten zum Vorwurf, daß sie nicht immer die nötige Wahldisziplin beachtet hätten und eine Teilnahme an der Regierung verweigern, die in dessen in Belgien und Deutschland Tatsache sei. Seine Rede gipfelte in dem Wunsch nach einer lokalen Abmachung zwischen den bevollmächtigten Vertretern der beiden Parteien.

## Poincaré oder die Kammer?

SPD Paris, 5. November.

Ministerpräsident Poincaré hat am Sonnabend an den Präsidenten der Finanzkommission, Malon, ein Schreiben gerichtet, in dem er die Gründe zu seiner unnaheligen Haltung den Abände-

runge gegenüber darlegt, die von der Kommission bei der Beratung des Budgets votiert wurden. Poincaré stellt nochmals fest, daß er diese Abänderungen nicht billigen könnte und erklärt, die Kammer werde zwischen der Kommission und ihm entscheiden. Die Regierung sei bereit, aufs engste mit der Kommission zusammenzuarbeiten, deren Rechte sie achte. Aber sie könne von ihrem Standpunkt nicht abgehen.

\* WTB Paris, 4. November.

Bei der Kammerwahl in Dünkirchen ist in der Stichwahl der Kandidat der nationalen Einheit, Vincent, mit 10 318 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden. Der sozialistische Gegenkandidat, Valentin, erhielt 10 034 Stimmen.

## Bratianu zurückgetreten!

SPD Bukarest, 3. November.

Das Kabinett Bratianu ist, teils unter dem Druck der bäuerlichen Opposition, teils infolge der ungeklärten finanziellen Verhältnisse im Lande, am Sonnabendmittag auf Veranlassung des Regimentsrates zurückgetreten. Was werden wird, ist vorläufig noch unbestimmt. Der Regimentsrat hat inzwischen die Führung mit den Parteiführern aufgenommen. Als aussichtsreichster Kandidat für die Ministerpräsidentenwahl gilt der Führer der nationalen Bauernpartei, Maniu. Maniu dürfte die Präsidentschaft jedoch nur unter der Voraussetzung annehmen, daß schon in aller nächster Zeit unter einem veränderten Wahlrecht Neuwahlen erfolgen.

Der Rücktritt der Regierung erfolgte mit der Begründung, daß der Bildung einer Regierung der „nationalen Einheit“ der Weg gebahnet werden soll.

## Der Vorkommrat des Reichstages

Wie der Vorwärts berichtet, hat Reichstagspräsident Lobe den Vorkommrat des Reichstags zu einer Sitzung am Vormittag des Dienstag, 6. November, einberufen. In dieser Sitzung soll darüber entschieden werden, ob der Reichstag, der bekanntlich am 13. November seine Arbeit wieder aufnehmen will, nicht wegen der großen Ausperrung im Westen schon zu einem früheren Zeitpunkt einberufen werden soll.

wahr ist, daß die in Italien verwendete elektrische Energie merklich zunimmt, ist es ebenso wahr, daß der Kohlenimport abnimmt und daß diese zwei Tatsachen ganz einfach beweisen, daß die Erzeugung der schwarzen Kohle durch die „weiße Kohle“ (die sich in Italien schon seit Jahrzehnten vorbereitet) fortgeschritten ungeachtet der Krise (da die Produktion der elektrischen Energie ein tatsächliches Monopol darstellt). Im Vergleich zum letzten Winter weist die Arbeitslosenziffer einen Rückgang auf; aber im Vergleich zum Sommer 1927 erscheint der Rückgang nur in bezug auf die Kurzarbeiter von Bedeutung (Juni bis August dieses Jahres: durchschnittlich 27 000 Kurzarbeiter anstatt 125 000 im Durchschnitt derselben Monate des vergangenen Jahres). Dies läßt befürchten, daß es sich lediglich um eine etwas stärker betonte saisonmäßige Wiederbelebung handelt.

Alle „günstigen“ Anzeichen sind also weder eindeutig noch entscheidend. Im Gegenteil zeigen die im folgenden aufgeführten Daten mit eindeutiger Klarheit die Wahrheit über die vom faschistischen Regime befolgte Methode, die Lage der italienischen Wirtschaft zu bessern. Diese Daten stammen aus den Statistiken des faschistischen Verbandes italienischer Industrieller (Confédération Générale Fasciste de l'Industrie Italienne), die in den Monatsheften des statistischen Institutes (Institut Central de Statistique) veröffentlicht waren. Es wird sich hoffentlich niemand finden, der daran zweifeln könnte, daß diese Daten vom faschistischen Standpunkt aus nicht absolut verlässlich seien.

Durchschnitt der im Januar 1928 täglich beschäftigten Arbeiter: 911 212; im März: 939 412. Im Februar hat durchschnittlich jeder Arbeiter 176 Stunden, im März 180 Stunden gearbeitet. Die Gesamtlohnsumme war daher logischerweise im März höher als im Februar, aber der durchschnittliche Stundenlohn ist um 0,99 Prozent gesunken.

Derselbe Vergleich zwischen März und April 1928 (aber auf Grund einer größeren Zahl von Unternehmungen) ergibt, daß die Zahl der täglich beschäftigten Arbeiter im April 1 102 159 gegenüber 1 094 440 im März ist. Aber die Gesamtsumme der im April ausgezahlten Löhne fällt auf 181 853 638 Lire gegenüber 180 346 932 Lire im März. Dieser Rückgang ist sicherlich auch eine Folge der Verminderung der durchschnittlichen Arbeitszeit, die im April 160 Stunden gegenüber 173 Stunden im März betrug. Hand in Hand damit geht eine durchschnittliche Stundenlohnentwertung um 0,48 Prozent.

Aun folgt der Sommer. Der Vergleich zwischen Juni und Juli zeigt eine etwas niedrigere Zahl von Unternehmungen in Betracht. Er ergibt eine Zunahme der täglich beschäftigten Arbeiter, nämlich für den Juli 1 196 419 gegenüber 1 165 952 im Juni (die Textil-

industrie allein deckt fast die ganze Zunahme). Aber der Stundenlohn fällt im Juli durchschnittlich um 1,87 Prozent, währenddem die Arbeitszeit fast unverändert bleibt (182 Arbeitsstunden im Juli, 181 im Juni).

Da sich die Vergleiche niemals auf dieselbe Anzahl von Unternehmungen beziehen, ist es unmöglich, allgemeine Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Aber man kann doch folgendes feststellen:

1. daß der durchschnittliche Stundenlohn und das mittlere Lohn Einkommen (Stundenlohn, multipliziert mit der Stundenzahl) fast ununterbrochen sinken; 2. daß das durchschnittliche Lohn Einkommen je nach der Anzahl der Arbeitsstunden (mit monatlich 164 bis 184 Stunden) und je nach dem Stundenlohn (mit einem Minimum von 2,02 Lire im März und dem Maximum von 2,14 im Juni) knapp einen Tagesverdienst von 10 Lire überschreitet (also 13,50 französische Franken; etwas mehr als 2 Schweizer Franken; 1 1/2 Mark); 3. daß die Wiederbelebung in gewissen Zweigen der italienischen Produktion ganz einfach auf Löhne zurückzuführen ist, die zum Leben vollständig ungenügend sind; 4. daß das sogenannte Aufblühen des Exportes gewisser italienischer Produktionszweige also nur solange dauern wird, bis die Produzenten in den anderen Ländern, die Industriellen sowohl als die Arbeiter sich fragen werden, ob sie nicht das Recht haben, sich gegen ein Dumping der Hungersnot zu wehren, das die letzte Ausflucht der italienischen Wirtschaft zu sein scheint.

Und vergesse wir nicht, daß sich all dies unter dem Wahrscheinlichen der „historischen“ Charte der Arbeit und unter der Kontrolle des faschistischen Syndikalismus, der von so vielen Snobs, sogar der Linken, ernsthaft studiert und im geheimen herbeigewünscht wird, vollzieht.

Es gehört nicht einmal ein besonderer Glauben an die italienischen Arbeiter dazu, um sicher zu sein, daß sie einen solchen Zustand nicht allzu lange ertragen werden. (Die Streiks, die durch das Gesetz vom 3. April 1926 verboten sind, haben bereits Anlaß zu einer so großen Anzahl von Gerichtsentscheidungen gegeben, daß diese schon zum Gegenstand äußerst langwieriger juristischer Studien zu werden beginnen). Aber noch ganz andere objektivere Umstände lassen bezweifeln, daß es dem faschistischen Regime gelingen könnte, sogar um den Preis einer betriebligen Ausbeutung der Arbeit, die italienische Produktion wirklich wieder auf die Höhe zu bringen.

Um den verheerenden Wirkungen der Wiederaufwertung